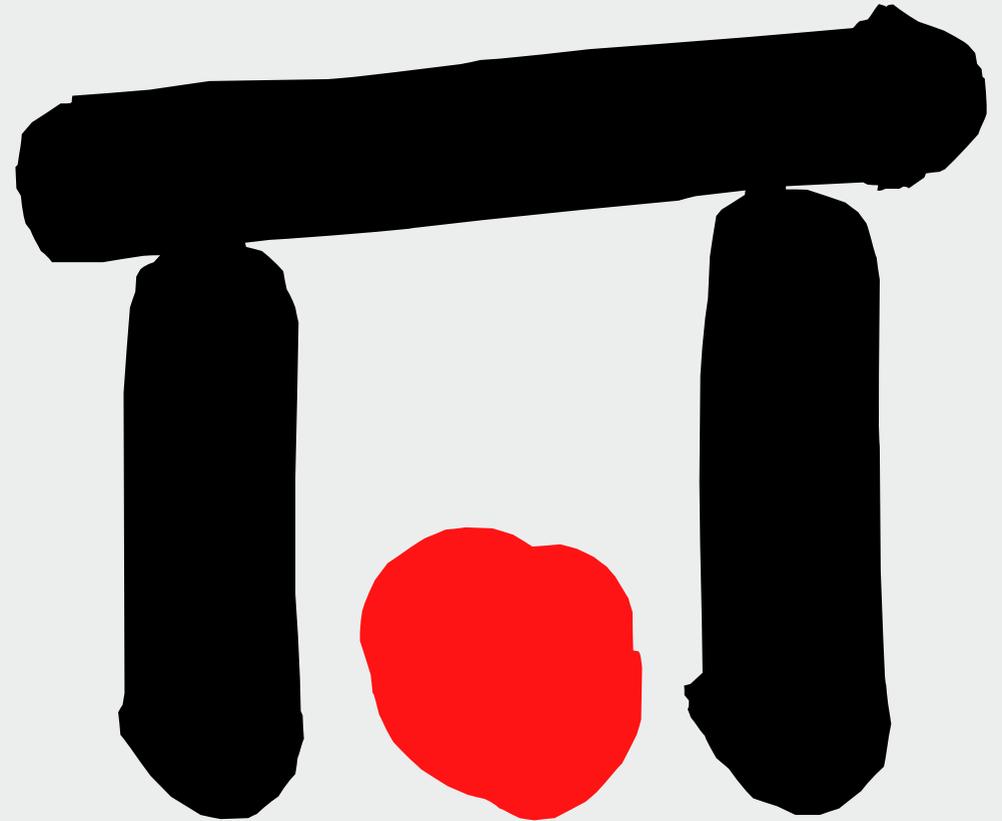


Ambulante Hilfe e.V. hilft Menschen in Armut und Wohnungsnot
Kreuznacher Str. 41a 70372 Stuttgart Tel. 0711/520 4545 0

Diakonie 

Ambulante Hilfe e.V.



Arbeitsbericht Nr. 28

***wir sind auch inter-nett:
www.ambulantehilfestuttgart.de***

Herausgegeben vom MitarbeiterInnenteam der
Ambulanten Hilfe e.V.

Kreuznacher Straße 41a
70372 Stuttgart
Tel: 0711/ 520 45 45-0
Fax: 0711/ 520 45 45-40
Mail: ambulante.hilfe@gmx.de
www.ambulantehilfestuttgart.de

Spendenkonto:
Sparda Bank Stuttgart eG
Kontonummer: 120 000
BLZ: 600 90 800

Gestaltung und Fotos: Manfred E. Neumann
Druck GuS Druck Stuttgart

**Die abgebildeten Personen und Situationen
sind beispielhaft und entsprechen nicht
immer der im Text dargestellten Situation.**

Diakonie 

- 2 Wer wir sind**
- 4 15 Jahre »Essen ohne Kohle«**
- 10 Regelmäßiges Essen im Café 72**
- 13 Statistik**
- 17 Projekt Straßensozialarbeit**
- 20 Fallbericht 1**
- 22 Das Team**
- 24 Sozialpension**
- 28 Fallbericht 2**
- 38 Fachbereich Wohnen**
- 40 Ausstellung »Wohnungslose im
Nationalsozialismus«**
- 42 Presse**

Wer wir sind

Wir sind ein gemeinnütziger Verein, der Menschen hilft, die obdachlos geworden sind oder Angst um ihre Wohnung haben und sozial ausgegrenzt sind.

Uns gibt es seit 1977. Wir sind Mitglied im Diakonischen Werk Württemberg und in der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe. Wir sind ausserdem Mitgesellschafter bei der Neuen Arbeit GmbH.

Wir sind ein Team von 19 SozialarbeiterInnen (auf 14,2 Stellen), einem Wohnungsfachwirt, drei Verwaltungskräften sowie PraktikantInnen und Zivildienstleistenden.

Was wir tun

Wir beraten und betreuen in direktem Kontakt, von Mensch zu Mensch.

Wir beraten kompetent, ohne Wartezeiten und ohne Zugangsvoraussetzungen.

Bei persönlichen Notlagen, bei sozialen Schwierigkeiten und Wohnungsverlust helfen wir schnell und unbürokratisch.

Wir helfen beim Beantragen von Sozialleistungen, bei der Arbeitssuche, bei Problemen mit Schulden oder Gericht. Wir vermitteln kurzfristige Unterkünfte und langfristige Wohnmöglichkeiten. Wir begleiten die Hilfesuchenden bei

Bedarf zu Ämtern, zum Arzt, in seelischen Notlagen. Wir informieren über weitergehende Hilfsmöglichkeiten und Beratungsangebote.

Was wir wollen

Wir wollen Menschen helfen, die in wirtschaftliche und soziale Not geraten sind, ihre Lage zu verbessern. Wir legen Wert darauf, mit den Hilfesuchenden zusammenzuarbeiten, ihre eigenen Fähigkeiten und Entscheidungen zu fördern und dadurch ihre Selbsthilfekräfte zu stärken.

Wir wollen durch ein breitgefächertes Hilfeangebot erreichen, dass die Betroffenen gesellschaftlich wieder Fuß fassen.

Wir schaffen Wohnraum

Seit 1987 bauen wir Sozialwohnungen. Mit den Fördermitteln des sozialen Wohnungsbaus haben wir bis Ende 2008 115 Ein-, Zwei- und Drei-Zimmer-Wohnungen in 12 Häusern erstellt. Damit schaffen wir Wohnraum für ca. 160 Männer, Frauen und Kinder. Außerdem haben wir zwei Ein-Zimmer-Appartements angemietet. Alle Wohnungen (bis auf vier in der Neckarstr. 113) sind mit unbefristeten Mietverträgen vermietet.

Wir sind Trägerin der Zentralen Frauenberatung

In Kooperation mit dem Caritasverband für Stuttgart und der Evangelischen Gesellschaft bieten wir für Frauen in Wohnungsnot ein eigenes Beratungsangebot in der Hauptstätterstr. 87 an.

Hilfe suchende Frauen finden hier ein Beratungsangebot in einer geschützten Umgebung. Die Beratung und Hilfe findet hier ausschließlich durch weibliche Fachkräfte statt.

Wir bieten Raum für Treffs und Kontakte

Das *Café 72* ist an jedem Werktag geöffnet. Im *Café 72* können die Gäste für wenig Geld Kaffee trinken, duschen und Wäsche waschen, kochen, Spiele machen, sich beraten lassen und Kontakte knüpfen.

Wir gehen auf die Straße

Wir machen Streetwork. Menschen in Not werden dort aufgesucht, wo sie sich aufhalten. In Bad Cannstatt betreiben wir seit dem Jahr 2005 ein Streetwork-Projekt. Zusätzlich betreuen wir Menschen in einem Sozialhotel.

Wir bieten Wohnmöglichkeiten

Die »*Tunnelstraße 18*« in Feuerbach bietet als teilstationäre Einrichtung vorübergehende Wohnmöglichkeiten für 26 alleinstehende Männer. Die Ein-Zimmer-Appartements sind mit Kochnische ausgestattet und möbliert. Zwei Sozialarbeiter stehen tagsüber für Beratung und Betreuung zur Verfügung.

Wie wir arbeiten

Wir sind selbstverwaltet organisiert. Bei uns entscheidet das Team. Dadurch sind die Entscheidungswege kurz und der Verwaltungsaufwand gering.

Wir arbeiten eng zusammen mit Kirchengemeinden und anderen sozialen Einrichtungen in Bad Cannstatt und in anderen Stadtteilen Stuttgarts.

Wir wollen die lokale Sozialpolitik im Sinne unserer Klienten mitgestalten. Wir leisten eine Aufgabe nach dem §67ff SGB XII.

Dafür erhalten wir von der Stadt Stuttgart einen pauschalen Festbetrag. Einen Eigenanteil von rund 100.000 Euro jährlich müssen wir aus Spenden und Bußgeldern aufbringen. Für unsere Arbeit brauchen wir deshalb Ihre Unterstützung.

»Essen ohne Kohle« ist eine gemeinsame Aktion unterschiedlicher christlicher Kirchengemeinden in Stuttgart Bad Cannstatt und der Ambulanten Hilfe e.V. In jedem Wintermonat lädt eine dieser Gemeinden mit Unterstützung der Ambulanten Hilfe e.V. zu einem sonntäglichen Festmahl ein.

Bereits Anfang der 90er Jahre äußerten Besucher der Tagesstätte Café 72 der Ambulanten Hilfe e.V. vermehrt den Wunsch nach einem Weihnachtsessen, das in einem überschaubaren Rahmen mit familiärer Atmosphäre stattfindet, in welchem der individuellen Situation der Besucher Raum gegeben werden kann.

So initiierte die Ambulante Hilfe e.V. gemeinsam mit dem damaligen Diakon der Liebfrauen-Gemeinde in Bad Cannstatt Herrn Bayer und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen dieser Gemeinde das erste »Essen ohne Kohle« am Heiligen Abend 1993.

Nach dem Motto »Qualität statt Masse« sollte dieses Essen kein Almosenessen nach Suppenküchenart sein, sondern ein richtiges Sonntagsmahl, welches sich bedürftige und arme Menschen in der Regel nicht leisten können. So entstand die Idee, zunächst ein Weihnachtsessen gemeinsam mit einer Kirchengemeinde der Stuttgarter Region Ost mit entsprechend kleinem Einzugsgebiet zu organisieren.

Dieses erste Essen fand so groß-

en Anklang, dass der Wunsch nach weiteren Sonntagsessen schnell laut wurde. So wurden weitere Bad Cannstatter Kirchengemeinden für diese Idee gewonnen, und seit dem Winter 1994/1995 sind daraus monatliche Sonntagsessen geworden. Bis heute sind es sechs Kirchengemeinden, die in den vergangenen 15 Jahren während der Wintermonate jeweils ein »Essen ohne Kohle« angeboten haben.

Hinter diesem Angebot stehen Bad Cannstatter Kirchengemeinden mit ihren Pfarrern bzw. Diakonen und einem großen Aufgebot an ehrenamtlichen HelferInnen, die mit viel Engagement und Einsatzbereitschaft ihre private Zeit zur Verfügung stellen, um das Essen zu planen und den Nachmittag mit einem Programm zu gestalten.

Schon Wochen vor dem jeweiligen Essen gehen die Überlegungen los. Viele Fragen müssen geklärt und Abläufe organisiert werden:

Was soll auf dem Speiseplan stehen? Mit wie vielen Besuchern ist zu rechnen? Wie wird die Finanzierung sein, gibt es SpenderInnen? Welche Frauen und Männer aus der Gemeinde können Kuchen für den Nachmittagskaffee backen? Wer übernimmt das Kochen, wer das Ausgeben und wer das Spülen in der Küche? Wie können die Firmlinge bzw. Konfirmanden in den Ablauf eingebunden werden? Wie kann das Programm, das einen sol-

chen Nachmittag zu etwas ganz Besonderem macht, gestaltet werden? Wenn der Sonntag dann gekommen ist, stehen die ersten HelferInnen bereits um 6.00 Uhr morgens in der Küche und beginnen in riesengroßen Töpfen mit der Zubereitung des Essens. Die letzten verlassen das Gemeindehaus erst spät am Abend.

Ohne die zahlreichen Gemeindeglieder, die mit viel Empathie und ohne Berührungsängste den Besuchern mit Respekt begegnen und die Nachmittage mit Leben füllen, käme das »Essen ohne Kohle« einer Armenspeisung gleich.

Die Aktion »Essen ohne Kohle« soll kein Ersatz für Sozialleistungen sein. Ziel ist vielmehr, ein Forum zu schaffen, in welchem auf die Not bedürftiger

und armer Menschen aufmerksam gemacht wird, Solidarität auszudrücken, Begegnungen zu ermöglichen und dazu beizutragen gegenseitige Vorurteile abzubauen.

Die Sonntage in Gesellschaft zu verbringen, Gast sein zu dürfen, sich bedienen zu lassen und so ein Stück Normalität zu erleben, gibt den Besuchern das Gefühl der Akzeptanz. Für die HelferInnen ist der Einsatz ein Ausdruck gelebter Nächstenliebe.

Vor allem das Essen am Heiligen Abend, der immer mit besonderen Erwartungen verbunden ist und an dem die Sehnsucht nach Geborgenheit und dem Wunsch, diesen besonderen Abend nicht alleine verbringen zu müssen, besonders groß ist, wird immer mit besonderer Vorfreude er-



»Essen ohne Kohle«



ehrenamtliche Helfer beim Küchendienst

wartet. Daß dies aber durchaus auch ein Geben und Nehmen aus Sicht der HelferInnen ist, zeigt folgendes Beispiel, an das sich Diakon Herrmann noch heute erinnert: Eine »Helferin der ersten Stunde« verlor im Jahr nach dem ersten »Essen ohne Kohle« ihren Ehemann. Und da sie Weihnachten nicht allein verbringen wollte, war das »Essen ohne Kohle« für sie zum einen eine Möglichkeit unter Menschen zu sein und zum anderen konnte sie dadurch diesem Tag einen besonderen Akzent setzen, indem sie anderen eine Freude bereitet. Des weiteren berichtet Herr Diakon Haag, der derzeitige Diakon der Liebfrauen-Gemeinde: Das »Essen ohne Kohle« spricht auch einige jüngere

HelferInnen an, die im Laufe des Jahres gar nicht in der Kirche erscheinen oder in der Gemeinde kaum mitwirken, sondern nur einmal im Jahr beim »Essen ohne Kohle« mithelfen möchten. Einige unserer Ehrenamtlichen, und darauf bin ich besonders stolz, sind schon seit 15 Jahren dabei. Um auf die Not bedürftiger Menschen aufmerksam zu machen, wird vor jedem sonntäglichen »Essen ohne Kohle« die lokale Presse informiert und eingeladen. Den Journalisten werden vor Ort detaillierte Informationen über die Art und das Ziel der Veranstaltung gegeben, über die steigende Nachfrage dieser Essen und über die Zusammensetzung der Gäste. So kann öffentlichkeitswirksam und wertneutral auf die gesellschaftlichen

und sozialen Entwicklungen hingewiesen werden und darauf, dass nicht alle teilhaben an Aufschwung und Wohlstand. Ein Interview mit einem Gast, der stellvertretend für alle anderen seine Beweggründe an diesen Nachmittagen teilzunehmen darstellt, macht die Berichterstattung authentisch und realistisch. Herr Diakon Haag fügt hinzu: Dadurch melden sich auch Leute zum Helfen, die weder zur Gemeinde gehören noch in Cannstatt wohnen, die durch die Presse von der Aktion erfahren und einfach mithelfen wollen.

Während die Kirchengemeinden und deren HelferInnen die Vorbereitung und Durchführung des Essens übernehmen, hat die Ambulante Hilfe e.V. die Aufgabe der Koordination und Organisation des »Essens ohne Kohle«. An den Sonntagen selber ist neben den Ehrenamtlichen immer auch eine Mitarbeiterin der Ambulanten Hilfe e.V. dabei, um als Bindeglied zwischen den Gästen und den HelferInnen für einen störungs- und konfliktfreien Ablauf zu sorgen.

Die »Essen ohne Kohle-Saison« beginnt jedoch bereits lange vor dem ersten Essen. So werden die Termine spätestens nach den Sommerferien in einem Treffen mit VertreterInnen der einzelnen Gemeinden festgelegt. Nach dem letzten Essen der jeweiligen Wintersaison findet dann erneut ein gemeinsames Treffen statt. Die

Ambulante Hilfe e.V. lädt alle HelferInnen zu einem Essen ein, um sich für deren Einsatz zu bedanken, aber auch um ein Kennenlernen der Ehrenamtlichen aus den unterschiedlichen Gemeinden zu ermöglichen und den Austausch von Erfahrungen anzuregen. Weiterhin können hier auch fachliche Fragen mit den Mitarbeiterinnen der Ambulanten Hilfe e.V. geklärt und Fragen der Finanzierung der Aktion erörtert werden. Bisher haben die Kirchengemeinden die Lebensmittelkosten meist zu 100 %





selbst aufgebracht, dennoch wird immer wieder auf das »Essen ohne Kohle«-Spendenkonto hingewiesen, welches in den Händen der Liebfrauen-Gemeinde ist und allen teilnehmenden Kirchengemeinden bei finanziellen Engpässen in der Ausrichtung ihres Essens zur Verfügung steht.

Wenn man die vergangenen 15 Jahre »Essen ohne Kohle« rückblickend betrachtet, so ist doch vieles konstant geblieben. Die Idee lebt weiterhin in den Herzen der vielen engagierten HelferInnen mit ihren Pfarrern und Diakonen.

Nur eines hat sich von Jahr zu Jahr verändert und das sind die kontinuierlich anwachsenden Besucherzahlen. Diakon Haag freut sich zum einen über die gute Resonanz des Sonntagsessens, sieht in der steigenden Nachfrage aber natürlich auch die gesellschaftlichen Hintergründe und bekommt zunehmend logistische Probleme: In den letzten Jahren haben wir mit 170 bis 180 Essen pro Sonntag die Grenzen der Kapazität unserer Räumlichkeiten erreicht. Auch die Essensausgabe ist bei diesen Zahlen

nur noch im Schichtbetrieb möglich. So muss ein Teil der Gäste draußen warten bis die ersten fertig sind, aufstehen und gehen. Dann können die nächsten aufrücken.

Während laut Diakon Herrmann bei der Initiierung des »Essens ohne Kohle« noch ein besonderer Wert auf den kleinen Einzugsbereich dieses Essens, die Cannstatter Region, gelegt wurde, so meint Diakon Haag heute: Die Besucher kommen von immer weiter her. So sind Gäste aus Esslingen und Ludwigsburg schon lange keine Seltenheit mehr.

Und eines fügt er noch hinzu, was ihm besonders zu denken gibt: In den letzten zwei bis drei Jahren sind vermehrt Familien mit Kindern unter unseren Gästen.

Obwohl die HelferInnen der Kirchengemeinden an diesen gesellschaftlichen Entwicklungen nichts ändern können, so wollen sie doch ihren kleinen Beitrag für ein bißchen mehr Menschlichkeit, Respekt und ein gemeinsames Miteinander leisten.

Und das »Essen ohne Kohle« ist für sie schon zu einer Tradition geworden, die sie nicht mehr missen möchten.

So war der einstimmige Tenor beim vergangenen »Danke-Essen« für alle HelferInnen, dass alle teilnehmenden Kirchengemeinden zusammen mit der Ambulanten Hilfe e.V. diese Aktion noch weitere 15 Jahre und darüber hinaus fortführen wollen.



»Im Sozialhotel habe ich keine Kochgelegenheit, im Lokal essen kann ich mir nicht leisten«, Klaus ist arbeitslos und alleinstehend. »Essen gehen ist zu teuer«, ergänzt Maik, »hier im Café schmeckt es mir meistens und ich muss nicht alleine essen«. So zwei Kommentare, die von zahlreichen Besuchern in unserer Einrichtung bestätigt werden. Für Alleinstehende ist der Einkauf von Lebensmitteln - besonders in den letzten Monaten - zur Belastung geworden, weil die Preise ständig steigen. Viele haben auch keine Möglichkeit zu kochen oder können es einfach nicht.

Wir sind deshalb dem Wunsch unserer Gäste nachgekommen und können seit April diesen Jahres regelmäßig Mittagessen für 1,50 Euro anbieten.

In den vergangenen Jahren gab es immer wieder einzelne Café-Besucher, die für 5-10 andere mitkochten. Dies war aber unregelmäßig und für unsere Gäste nicht verlässlich. Wir finanzierten trotzdem gerne die Lebensmittel vor, da wir jede Initiative unserer Besucher unterstützen wollten.

Nun ist seit April ein ehrenamtlicher Koch und eine freiwillige Köchin seit Mitte Juni da. Gemeinsam mit einer Rentnerin sorgen sie dafür, dass es von Montag bis Freitag ab 11.30 Uhr ein warmes Essen gibt.

Die Entscheidung dazu war für uns nicht ganz einfach. Das Café ist als Selbsthilfe-Einrichtung konzipiert und

bekommt deshalb keine Zuschüsse für eine Haushaltskraft wie andere, größere Einrichtungen in Stuttgart. Es war uns klar, dass dies nur mit Ehrenamtlichen gestemmt werden kann.

Mit unserer Suche nach Ehrenamtlichen hatten wir Glück: Unser Aufruf in der Kirchengemeinde und in der Freiwilligenagentur, sowie private Kontakte führten zum Erfolg und wir hoffen, dass uns unsere fleißigen Mitstreiter noch lange erhalten bleiben!

Was der Armutsbericht der Bundesregierung für 2005 (herausgegeben im Mai 2007) und im Bericht des Sozialamts Stuttgart für 2007 (Stuttgarter Zeitung vom 14.7.2007) aufzeigten, erlebten wir in den letzten Jahren ganz hautnah: Immer mehr Menschen kommen zu uns, weil sie zu wenig Geld haben, um sich zu versorgen. Es sind inzwischen nicht mehr nur die psychisch oder körperlich kranken Männer und Frauen aus Unterküften, Sozialhotels oder von der Straße, die sich im Café 72 versorgen. Immer mehr alleinstehende ältere Bewohner aus Sozialwohnungen finden den Weg zu uns.

»Ich wohne in der Nähe, das Essen schmeckt gut. Der Kaffee ist auch billig und vor allem habe ich hier Unterhaltung, ich kenn viele Leute«, sagt Frau M., die mit ihrer schon erwachsenen Tochter im Hallschlag lebt. Beide sind arbeitslos und leben von Arbeitslosengeld (Alg) II.



Unsere Küche ist eine Haushaltsküche, also nicht groß. Dennoch bereiten unsere KöchInnen, Wolfgang an drei Tagen und Anette an zwei Tagen, bis zu 25 Essen zu, Marie hilft zwei Tage beim Zubereiten, Ausgeben und Abspülen. Unsere Besucher sind dankbar und loben das Essen mit Fleisch oder Wurst, mit Gemüse oder

Salat, Kartoffeln, Reis oder Nudeln, die frisch verarbeitet werden und so vitaminreich und ausgewogen sind. Meist gibt es auch noch einen Nachtisch oder eine Suppe.

Und der Selbsthilfe-Gedanke ist nicht vergessen. Wenn nötig helfen unsere Besucher auch mal beim Kartoffelschälen, Aufräumen oder Einkaufen

mit. So können wir mit reinen Materialkosten das günstige Angebot finanzieren.

Das Bundesarbeitsministerium hat die Höhe von Hartz IV-Leistungen aufgeschlüsselt: Für Lebensmittel, Getränke und Tabakwaren sind 132,71 Euro monatlich vorgesehen. Das sind 4,42 Euro pro Tag! Mit diesem Geld müssen in Stuttgart 46 503 Menschen auskommen. Dies ist eine Steigerung seit 1997 um 46 %. Es ist falsch zu glauben, dass das nur die Menschen betrifft, die arbeitslos sind, arbeitsunfähig oder eine zu kleine Rente haben. Viele müssen wegen zu niedriger Löhne eine Aufstockung beantragen und haben dann nicht viel mehr als Alg II-

Empfänger.

Kein Wunder also, dass diese Menschen vermehrt Orte aufsuchen müssen, wo sie sich mit wenig Geld versorgen können. Tafelläden, Sozialkaufhäuser, Suppenküchen und auch wir im Café 72 versuchen, die schlimmste Armut abzufedern. Dass dies in einem so reichen Land wie Deutschland nötig ist, muss uns allen zu denken geben.

»Ohne solche Einrichtungen wären wir aufgeschmissen«, meint ein Besucher. Viele sind froh über das Essensangebot und sie bedanken sich ausdrücklich bei uns und unseren ehrenamtlichen Helfern.

Unsere 30-Jahrfeier im letzten Jahr nahmen wir zum Anlass, anstatt des sonst üblichen Arbeitsberichts eine umfangreiche Broschüre »Notlagen und Hilfen, 30 Jahre Arbeit für Menschen in Armut und Wohnungsnot« herauszugeben. In dieser verzichteten wir auf die statistischen Zahlen, so dass wir in diesem Arbeitsbericht auch die Zahlen aus dem Vorjahr 2006 darstellen.

Die folgenden Zahlen stammen ausschließlich von der Regionalen Fachberatung Stuttgart Ost (RFB). Diese ist zuständig für alleinstehende Männer, während Frauen und Paare an die Zentrale Frauenberatung (ZFB) überwiesen werden; die entsprechenden statistischen Angaben sind im ZFB-Jahresbericht enthalten.

Fallzahlen von 2007 und 2006

Im Jahr 2007 haben die Fachkräfte der RFB in insgesamt 705 Fällen Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten beraten und unterstützt. Im Jahr 2006 waren es 688 Fälle, in denen Personen diese Hilfe zuteil wurde.

Zahlen der Neu- und Wiederauftritte

Bei den Personen, die neu- oder wiedergekommen sind, haben wir im Jahr 2007 541 Fälle, also eine Steigerung gegenüber dem Jahr 2006, da waren es 507 Fälle.

Anzahl der Personen die jeweils ins nächste Jahr übernommen wurden

Aus dem Jahr 2006 haben wir 164 Personen mit ins Jahr 2007 übernommen; im Jahr 2006 waren es 181 Personen, die aus dem Vorjahr 2005 übernommen wurden. 2007 wurden 150 Personen ins Jahr 2008 übernommen, also weniger als im Jahr zuvor.

Planmäßige Beendigungen und Vermittlungen sowie Todesfälle

2006 gab es bei 156 Personen planmäßige Beendigungen und Vermittlungen in andere Hilfsangebote (stationäre, teilstationäre Einrichtungen, Betreutes Wohnen), drei Personen sind verstorben.

Im Jahr 2007 waren es 220 Personen (auch hier hat eine Zunahme stattgefunden), die planmäßig beendet und vermittelt wurden. Vier Personen sind verstorben.

Vermittlung in Wohnraum

2006 konnten wir sieben Personen in Wohnraum vermitteln:

- drei davon konnten in eine Wohnung aus unserem Wohnbaubestand ziehen
 - vier Personen konnten auf dem freien Wohnungsmarkt in eine Wohnung vermittelt werden.
- 2007 konnten wir an unserer Fachberatungsstelle 12 Personen mit Wohnraum versorgen:
- Zwei Personen bekamen eine Sozial-

unser Koch bei der Arbeit



wohnung bei einem anderen Träger.

- Vier Personen konnten wir über den freien Wohnungsmarkt versorgen.
- Sechs Personen bekamen eine Wohnung bei der Ambulanten Hilfe (im Neubau Rohracker Straße).

Belegung Neubauprojekt Rohracker Straße

Unser Neubauprojekt in der Rohracker Straße, das 2007 fertig gestellt wurde, hat 10 Wohnungen. Diese Wohnungen wurden nicht ausschließlich über unsere Fachberatungsstelle belegt, sondern auch über die Zentrale Frauenberatung, die zwei dieser Wohnungen mit ihren Klientinnen belegte, und über unsere teilstationäre Einrichtung in Stuttgart-Feuerbach, die ebenfalls zwei dieser Wohnungen mit ihren Klienten belegte.

Zur Entwicklung der Fallzahlen ab dem Jahr 2000 an unserer Fachberatungsstelle

Wir haben eine Steigerung der Fallzahlen von 2000 bis 2007 um ca. 300 Fälle.

Im Jahr 2006 berichteten wir in unserem Arbeitsbericht Nr. 26, dass die Fallzahlen um ca. 10% gegenüber dem Vorjahr gesunken seien.

In diesem Jahr wie auch im vorigen Jahr stellen wir fest, dass die Fallzahlen gestiegen sind und zwar jetzt auf 705 Fälle, das entspricht einer Steigerung im Jahr 2006 von ca. 23%

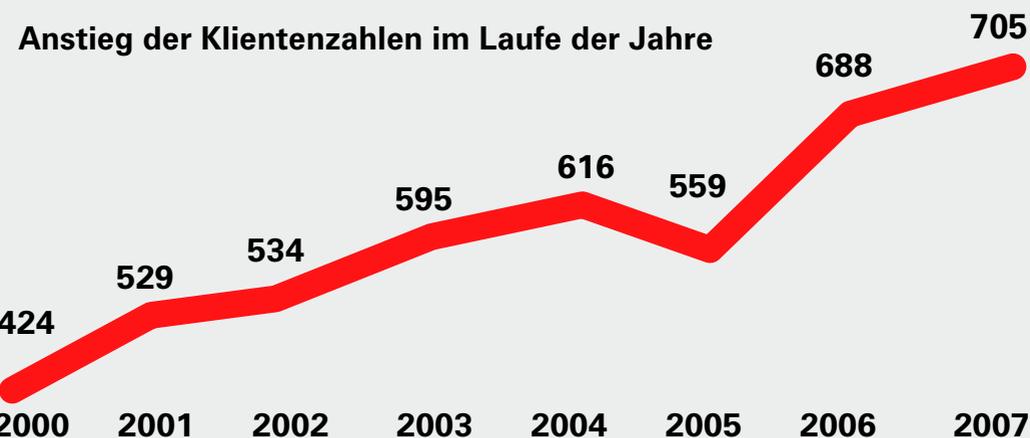
und einer Steigerung vom Jahr 2006 ins Jahr 2007 von ca. 2,5% (auf relativ hohem Fallzahlenniveau).

Insgesamt ist festzustellen, dass wir seit dem Jahr 2000 einen sehr starken Zuwachs an Klientenzahlen haben. Sie sind von 424 im Jahr 2000 auf 705 Klienten im Jahr 2008 angestiegen.

Gründe für das Ansteigen der Fallzahlen:

- Die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Ämtern und Diensten hat sich verbessert und die Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten werden jetzt vermehrt an die für sie zuständige Fachberatungsstelle verwiesen.
- Unsere Fachberatungsstelle hat sich mittlerweile im Hilfesystem der Arbeitsagenturen, Job Center und Sozialämter etabliert.
- Uns ist an der Beratungsstelle aufgefallen, dass zu uns vermehrt Klienten geschickt werden, die einen Platzverweis in ihrer Wohnung wegen ehelicher Gewalt bekommen haben.
- Auch hat die Zahl der Personen zugenommen, die wegen einer Zwangsräumung - verursacht durch Mietschulden - zu uns geschickt werden.
- Ebenso hat auch die Zahl derjenigen Personen zugenommen, die in Hotels leben.
- Der Anzahl der Personen, die unsere Hilfe brauchen, ist größer geworden. Im Verlauf der letzten acht Jahre er-

gibt sich dieser Verlauf der Klientenzahlen:



Das von Aktion Mensch auf 3 Jahre geförderte Projekt »Straßensozialarbeit und Sozialhotelbetreuung« endete Ende Februar diesen Jahres. In den Arbeitsberichten Nr. 25 und Nr. 26 wurde über die Startphase und Inhalte des Projektmoduls »Straßensozialarbeit« bereits ausführlich informiert. Die Ergebnisse dieser Arbeit wurden nun in einem umfangreichen Bericht für Aktion Mensch und Interessierte dokumentiert.

Um noch einmal kurz in Erinnerung zu rufen:

Ziele der Straßensozialarbeit waren, die Menschen auf den Plätzen aufzusuchen, in Erfahrung zu bringen um wie viele Menschen und um welchen

Personenkreis es sich handelt und festzustellen, ob und welcher Hilfebedarf besteht.

Nach einer gelungenen Kontaktaufnahme sollte bei Bedarf die materielle Grundversorgung der angetroffenen Personen sichergestellt und sie gegebenenfalls an die bestehenden Hilfesysteme vermittelt werden. Notwendig war damit eine enge Kooperation mit den örtlichen Institutionen der Wohnungsnotfallhilfe, der Sozialpsychiatrischen Hilfen, der Suchthilfe etc. Besonders wichtig war, den Zugang zu diesen Hilfen, aber auch den Zugang zur medizinischen Versorgung möglichst niedrigschwellig zu halten und einfach zu gestalten.

Ein weiteres Ziel war, den Kontakt zu den Geschäftsleuten der Bad Cannstatter Altstadt und den politischen Vertretern von Bad Cannstatt zu halten, Ihnen von der Arbeit zu berichten, der subjektiven Wahrnehmung objektive Zahlen entgegenzustellen und bei Konflikten oder Ängsten frühzeitig einwirken zu können. Wichtig war auch, die beiden Gruppen Anwohner/Geschäftsleute und Klienten jeweils über die Interessen und Bedürfnisse der anderen Gruppe zu informieren und sie für ihre jeweilige Situation zu sensibilisieren.

Beschreibung des Personenkreises

Im Laufe der 3 Jahre wurden knapp 400 verschiedene Personen statistisch erfasst. Mit diesen Personen fanden meist mehrmalige Kontakte statt, dabei wurden sie beraten, motiviert und begleitet, es wurden Hilfsmaßnahmen angeboten und eingeleitet. 80 Personen wurden über den gesamten Zeitraum der 3 Jahre hinweg durch die aufsuchende niederschwellige Sozialarbeit kontinuierlich beraten und begleitet.

Der Personenkreis der bei der Straßensozialarbeit angetroffenen Menschen ist gekennzeichnet durch multiple Problemlagen:

40% lebten zum Zeitpunkt des Ken-

nenlernens in einer ungesicherten Unterkunft, das heißt in Sozialhotels oder in Einrichtungen der Wohnungsnotfallhilfe wie z.B. voll- oder teilstationäre Einrichtungen, betreute Wohngruppen und Notunterkünfte, 16% der Menschen waren ohne Unterkunft. Ein Großteil dieser Personen wohnt bereits seit vielen Jahren in solchen ungesicherten Verhältnissen.

40% der Klienten bewohnten eine eigene Wohnung, (meist in Sozialwohnungen).

Der Anteil der Alleinstehenden in dieser Gruppe beträgt 77% .

Die meisten Menschen (80%) leben von ALG II, Rente oder Sozialhilfe. 12% der Personen sind erwerbstätig, in der Regel auf geringfügiger Basis oder als 1-Euro-Jobber.

Der Anteil der suchtkranken Personen liegt bei 60%, der überwiegende Teil ist von Alkohol abhängig. 39% aller erfassten Personen verhalten sich psychisch auffällig. Häufig (39%) haben die Menschen zusätzlich chronische körperliche Erkrankungen.

Frauen treten an den öffentlichen Plätzen weitaus seltener in Erscheinung als Männer. Aus der Statistik geht hervor, dass die Frauen häufiger einen niedrigen Bildungsstand haben und seltener eine Berufsausbildung abgeschlossen haben als Männer. Häufig kommen Frauen aus schwierigen Familiensituationen und haben Gewalterfahrungen hinter sich. Frau-



en machen seltener Platte als Männer, leben dafür häufiger in abhängigen Beziehungen. Mit zunehmendem Alter sind Frauen immer seltener an den bekannten öffentlichen Treffpunkten der Zielgruppe anzutreffen.

Insgesamt handelt es sich um Menschen mit geringer Schul- und Berufsausbildung, einem sehr niedrigen Einkommen und eher schlechten oder prekären Wohnverhältnissen, meist ohne Familie oder tragfähige Bindungen zu anderen Menschen. Mit den körperlichen und psychischen Handicaps haben sie nach meist langjähriger Arbeitslosigkeit wenig Chancen, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Viele haben keine Aussicht, je wieder selbstständig für ihren Lebensunterhalt sorgen zu können, obwohl dies in einigen Fällen ein starkes Bedürfnis ist.

Ergebnisse

Die Hälfte der Personen, die zum Zeitpunkt des Kennenlernens ohne Unterkunft waren, konnte im Laufe der Tätigkeit in Unterkunft vermittelt werden.

50% derjenigen Personen, die ohne jegliches Einkommen waren, konnten wieder in das soziale Hilfesystem vermittelt werden. Ihre materielle Grundversorgung wurde gesichert und auch

eine medizinische Versorgung wurde wieder gewährleistet.

Die Anzahl der Menschen ohne Beratungsangebot nahm während des Projektzeitraums um annähernd 30% ab. Zu 15 psychisch kranken Personen konnte im Projektzeitraum eine tragfähige Beziehung aufgebaut werden. Daraus resultierte, dass von diesen Personen in Krisensituationen Hilfe angenommen wurde, manche konnten in psychiatrische Behandlung vermittelt werden. Bei 13 Personen konnte durch rasches Eingreifen und Vermitteln in Fachdienste ein drohender Wohnungsverlust verhindert werden. In 28 Fällen wurde dringende medizinische Behandlung eingeleitet (die sonst möglicherweise nicht oder zu spät in Anspruch genommen worden wäre) und damit dauerhafter gesundheitlicher Schaden abgewendet.

Die Anzahl der angetroffenen Personen ging im Projektzeitraum um 60% zurück. Damit verringerte sich auch die negative Wahrnehmung in der Öffentlichkeit. Die Situation in der Fußgängerzone konnte beruhigt werden und wurde damit als weniger bedrohlich empfunden.

Der Handels- und Gewerbeverein, der Bezirksbeirat und die Polizei bewerteten das Projekt als sehr gelungen, die formulierten Ziele wurden erreicht.

Die befragten Klienten empfanden das Angebot als sehr hilfreich.



Weiterführung

Bereits im Jahr 2006 wurde das Projekt dem Sozialausschuss des Gemeinderats der Stadt Stuttgart vorgestellt. Dort wurde es als sehr gelungenes Projekt bewertet, eine Weiterfinanzierung in Aussicht gestellt.

Den Antrag beim Gemeinderat auf Finanzierung der bestehenden Personalstellen wurde befristet von März 2008 bis Juni 2008 entsprochen. Dabei erhielt die Verwaltung den Auftrag zu prüfen, ob die Straßensozialarbeit

nicht aus den bestehenden Ressourcen finanziert werden kann. Das Ergebnis ist, dass ab Juli 2008 bis Juni 2009 die Strassensozialarbeit mit jeweils 8 Stunden pro Träger (Ambulante Hilfe und Caritas) weitergeführt werden kann.

Gemeinsam mit den politischen Parteien Bad Cannstatts, dem HGV, der Altstadt BC und der Polizei setzen wir uns für den Fortgang der Straßensozialarbeit in Bad Cannstatt ein.

Über eine Weiterfinanzierung wird 2009 im Gemeinderat der Stadt Stuttgart entschieden.



Herr Z. kam im Mai vergangenen Jahres zum ersten Mal in unsere Beratungsstelle. Er hatte als Hausmeister in einem Haus in Stuttgart gearbeitet und dort ein Zimmer bewohnt. Der Arbeitgeber, der gleichzeitig Vermieter war, musste ihm aufgrund der schlechten Auftragslage kündigen und damit verlor Herr Z. auch das Zimmer. Herr Z. war in einer mißlichen Lage: Erst zwei Monate zuvor hatte sich seine Frau von ihm getrennt und zog mit den vier gemeinsamen Kindern in eine andere Stadt.

Zu allem Unglück über den Verlust von Familie, Arbeit und Wohnraum kamen noch große gesundheitliche Probleme hinzu in Form eines Bandscheibenvorfalles, der stationär behandelt werden musste.

Herr Z. bekam Arbeitslosengeld. Mit etwas Glück konnte er Mitte Juni schon in eine städtische vorübergehende Unterkunft einziehen, immerhin ein Dach über dem Kopf. In den

Wirren des Umzugs und wegen seiner vielen gesundheitlichen Probleme vergaß Herr Z. jedoch völlig, dem Arbeitsamt seine neue Adresse mitzuteilen. Diese erfuhr die Arbeitsagentur erst mit 6 Wochen Verspätung. Für diese 6 Wochen sollte Herr Z. also auch kein Geld erhalten, weil er für die Arbeitsagentur aufgrund seiner fehlenden Ummeldung angeblich nicht erreichbar war.

Tatsache war jedoch, dass Herr Z. für seine alte Wohnung noch lange einen Briefkastenschlüssel besaß und dort täglich den Briefkasten leerte.

Diese Tatsache mündete in ein Verfahren, welches sich über mehr als 9 Monate hinzog. Am Ende dieser Zeit konnte Herr Z. schließlich das fehlende Geld erhalten und damit seine Mietrückstände begleichen.

Die Eckdaten dieses monatelangen Verfahrens sollen im Folgenden stichwortartig dargestellt werden.

- 11.06.07 Umzug in die neue Wohnung
- 23.07.07 Ummeldung
- 15.09.07 Erstattungsbescheid der Arbeitsagentur: Aufforderung, Arbeitslosengeld zurückzubezahlen
- 25.09.07 Widerspruch gegen Erstattungsbescheid
- 06.10.07 Widerspruch wird zurückgewiesen
- 12.10.07 Aufforderung der Arbeitsagentur, bezahlte Pflege- und Krankenversicherungsbeiträge zurückzubezahlen
- 30.10.07 Klage gegen die Arbeitsagentur und Antrag, den Bescheid vom 15.9. bzw. 6.10. aufzuheben
- 12.11.07 Widerspruch gegen den Bescheid vom 12.10.
- 17.12.07 Widerspruch vom 12.12. wird von der Arbeitsagentur zurückgewiesen, da Angelegenheit im Klageverfahren verhandelt werden soll.
- 30.12.07 Klage gegen die Arbeitsagentur und Antrag, den Bescheid vom 12.11. bzw. 17.12. aufzuheben
- 11.01.08 Klage und Antrag, Bescheide vom 12.11. und 17.12.07 aufzuheben
- 29.03.08 Verhandlung vor dem Sozialgericht: Die Arbeitsagentur anerkennt und hebt die Widerspruchsbescheide etc. auf. Der Klient bekommt anschließend die Leistungen ausbezahlt.

Um Herrn Z. zu seinem Recht zu verhelfen, nämlich dafür zu sorgen, dass die ihm zustehenden Leistungen von ein paar hundert Euro ausbezahlt wurden, waren also

- 5 Schriftsätze der Arbeitsagentur
- 1 Schriftsatz der Beratungsstelle
- 3 Klageschriften einer Fachanwältin einschließlich Begründung
- 1 Rechtsberatungstermin
- 1 Gerichtstermin

notwendig. Die damit verbundene Arbeitszeit kann nur geschätzt werden.



Hintere Reihe stehend von links : Silke Lang-Schiefer, Beate Wagner, Axel Englmann, Michael Knecht, Maria Hassemer-Kraus, Iris Brüning, Friedemann Frasch, Peter Schumacher, Iris Schüle, Dorothea Cuber, Marcel Wirth, Andreas Plank, Manfred E. Neumann

Vordere Reihe stehend von links : Renate Mausner, Marga Luikart, Martina Diers, Diana Neugebauer, Manuela Haussmann

Kniend von links : Birgit Ehret-Bresing, Angelika Frank, Miriam Schiefelbein-Beck,

Eingefügt von links : Antje Schwandt, Markus Tröster, Martina Eberle, Willi Schraffenberger, Angelika Brautmeier, Gabriele Abele, Lotta Bürohund

In besonderen Notfällen werden obdachlose Menschen vom Sozialamt in einfachen Pensionen untergebracht. Dies betrifft vor allem Personen, die noch nicht zur »Wohnungslosenszene« gehören und daher nicht in Wohnheime verwiesen werden. In diesen Billigpensionen herrschen oft sehr miserable Zustände. Die Wohnqualität steht häufig in keinem Verhältnis zu den Kosten. Die Bewohner sind meist sich selbst überlassen und haben keinen regelmäßigen Kontakt zu einer Fachberatungsstelle. Dies bewirkt, daß sich an der Lebenssituation nichts verändert. Oft ist sogar eine Verschlimmerung der ursächlichen Probleme, die zum Wohnungsverlust geführt haben, zu beobachten. Darüberhinaus rutschen viele Betroffene

in schwierige soziale Verhältnisse ab. Diese Zustände erscheinen uns in der praktischen Arbeit seit vielen Jahren als unbefriedigend. Im Kollegenkreis wurde immer öfter darüber nachgedacht, dass es eine Möglichkeit geben müsste, Menschen unkompliziert wie bei der Hotelunterbringung mit einer Wohnmöglichkeit zu versorgen. Dies müsste jedoch in einem akzeptablen Umfeld geschehen. Nicht zuletzt dürften die dort Wohnenden nicht sich selbst überlassen werden, sondern müssten vor Ort eine Betreuung angeboten bekommen. Soll so eine Idee umgesetzt werden, wird vor allem eine entsprechende Immobilie benötigt, die eine solche Nutzung zulässt. Nach mehreren vergeblichen Anläufen war es im Frühjahr 2008 endlich soweit. Wir konnten das ehemalige Hotel Weimar in Stuttgart erwerben. Dies war ein kritischer Moment für die Ambulante Hilfe e.V., da eine Bindung an eine solche Immobilie auch wirtschaftliche Zwänge erzeugt, neben denen die inhaltliche Konzeption bestehen muss. Das Gebäude ist ein ehemaliges Hotel in gutem Zustand. Es hat 29 Zimmer auf vier Etagen und eine Gaststätte im Erdgeschoß.

Das Konzept für die Nutzung als »Sozialpension« sieht nun folgende Veränderungen vor:

1. Die Gaststätte wird in drei Sozial-

wohnungen umgebaut.

2. Das obere Geschöß wird als Wohngemeinschaft genutzt

3. Eine ganze Etage wird ausschließlich an Frauen vermietet, so daß hier ein geschützter Bereich entsteht.

4. In dieser und den restlichen 2 Etagen werden 25 Zimmer über die Zentrale Fachstelle (ZFS) der Stadt Stuttgart vermietet. Diese Vermietungen geschehen analog der Belegung von Hotelzimmern durch die ZFS.

Wodurch unterscheidet sich die »Sozialpension« von den bestehenden Hotels und Pensionen?

• In unserer »Sozialpension« ist die professionelle Sozialarbeit integriert. Das bedeutet, dass an jedem Werktag eine soziale Fachkraft vor Ort ist. Diese integrierte Sozialarbeit soll den Bewohnern eine Aussicht auf Veränderung und Verbesserung bieten. Aufgabe der sozialen Fachkraft ist neben der Organisation des Ablaufes in unserer »Sozialpension«, die niederschwellige Anbindung der Bewohner an das Hilfesystem.

• Das wichtigste Anliegen der »Sozialpension« ist es eine qualitativ gute Unterbringungsmöglichkeit anstatt Hotel



zu bieten. Auch wenn das Haus keine Gewinne erwirtschaften soll, muß es sich trotzdem selber tragen.

- In der »Sozialpension« entstehen Arbeitsplätze für unsere KlientInnen. So wird zum Beispiel die Reinigung des Hotels durch den Reinigungsdienst des Caritasverbandes für Stuttgart »Carisma« erledigt. Außerdem wird einer unserer Klienten eine Wohnung im Haus bekommen und als Hausmeister angestellt werden.

- In der »Sozialpension« gibt es auf jeder Etage eine Kochgelegenheit, so daß eine Selbstversorgung möglich ist.

Wie bereits erwähnt, befindet sich das Gebäude des ehemaligen Hotel Weimar in einem guten baulichen Zustand. Trotzdem müssen einige Maßnahmen durchgeführt werden, damit das Haus die Voraussetzungen erfüllt um die oben genannte Nutzung zu ermöglichen. Im Einzelnen handelt es sich dabei um folgende Maßnahmen:

- Es müssen einige Installationen im Sanitärbereich erneuert oder ersetzt werden.
- Ein Teil der Elektrik muß erneuert werden.
- Viele Zimmertüren müssen repariert oder erneuert werden.
- Die meisten Zimmer benötigen eine neue Einrichtung, die unseren Qualitätsanforderungen entspricht.
- Selbstverständlich muß das ge-

samte Gebäude innen neu gestrichen werden.

- Es müssen eine ganze Reihe neuer Türen aus Brandschutzgründen eingebaut werden

- Darüberhinaus verlangt der Brandschutz eine Reihe weiterer baulicher Veränderungen, so muß zum Beispiel die Brüstungshöhe der Treppengeländer auf 90 cm angehoben werden.

Vor eine große Herausforderung hat uns die Organisation des Ablaufes im neuen Angebot »Sozialpension« gestellt.

In der Anfangsphase werden wir an jedem Werktag je einen halben Tag lang mit einer pädagogischen Fachkraft vor Ort sein. Den anderen halben Tag ist ein Hausmeister vor Ort.



(Fast) ein Ding der Unmöglichkeit Die Feststellung der Erwerbsunfähigkeit – in Politik und Praxis

Politische Probleme

Als am 1.1.2005 im Rahmen der sogenannten Hartz IV-Gesetzgebung aus der früheren Sozialhilfe und der parallel dazu existierenden Arbeitslosenhilfe zwei neue Sozialgesetzbücher geschaffen worden waren, ist es sehr schnell zu politischen Auseinandersetzungen darüber gekommen, wer zu wessen Lasten versuche, Menschen und damit Kosten von der einen Grundsicherung in die andere zu verschieben:

Die Grundsicherung für erwerbsfähige Menschen bis zum Alter von 65 Jahren wird nämlich vom Bund bezahlt und in der Regel (wie in Stuttgart) von den Job Centern verwaltet, während Landkreise und kreisfreie Städte die Grundsicherung für erwerbsunfähige und alte Menschen organisieren und deren Kosten tragen.

Wirtschaftsminister Clement hatte Ende 2004 wohl den Arbeitslosenstatistiken seines Ministeriums geglaubt und ärgerte sich Anfang 2005 sehr darüber, dass sich die Wirklichkeit nicht

genauso schönrechnen ließ. Deshalb suchte er nicht lange nach Ursachen, sondern nach Schuldigen, um denen den schwarzen Peter für die millioenschweren Erhöhungen der von ihm prognostizierten Ausgaben in die Schuhe zu schieben. Schnell warf er den Kommunen vor, auch noch die letzten Kranken für fit genug zu erklären, um sie an die Job Center abschieben und sich vor den Kosten ihrer Versorgung drücken zu können.

(Das erklärte der gleiche Herr Clement, der ansonsten nicht müde wurde zu behaupten, praktisch jeder könne eine Arbeit finden, der sich nicht nur in der sozialen Hängematte ausruhen wolle) Von der Benennung der zwei Grundsicherungen her ist klar, dass sich Auseinandersetzungen über ihre Abgrenzung darum drehen, wie Erwerbsfähigkeit bzw. –unfähigkeit definiert ist und wer sie feststellt.

Statt wie Herr Clement die damit zusammenhängenden Probleme zu politischen Schuldzuweisungen zu missbrauchen, sollte man sich sehr genau die Auswirkungen für die Betroffenen anschauen – und dann nach Lösungsmöglichkeiten suchen: politischen, organisatorischen und im Einzelfall.

Praktische Probleme im Einzelfall

In unserer Beratung haben wir es

immer wieder und immer öfter mit Menschen zu tun, wegen denen diese Auseinandersetzungen über die Zuordnung zu einer der beiden Grundsicherungen im Einzelfall stattfinden – mit weitreichenden Folgen für die/ den Einzelne/n. Der folgende Fall ist einer aus einer ständig wachsenden Anzahl:

Herr Kurz (Name geändert) ist Mitte 50 und offensichtlich körperlich stark abgebaut: Er ist sehr dünn, bewegt sich nur schleppend, hat tief in den Höhlen liegende Augen und dunkle Augerringe darunter.

Wenn man sich mit ihm unterhält, fällt sehr schnell auf, dass er sich an ganz naheliegende Geschehnisse kaum mehr erinnern kann, dass er generell keine präzise Vorstellung mehr von Zeiträumen hat, dass ihn Fragen nach der zeitlichen Einordnung von Geschehnissen sehr verunsichern und leicht reizbar machen: Entweder gibt er nach erfolglosen Anstrengungen zu außerstande zu sein, irgendwelche Angaben in dieser Richtung machen zu können, oder er lehnt es rundweg ab.

Herr Kurz ist seit dem 1.1.2005 Bezieher von Arbeitslosengeld II, also als erwerbsfähig eingestuft. Er soll demzufolge mindestens drei Stunden täglich arbeiten können. Er selbst glaubt das auch – vorausgesetzt, es gehe ihm wieder besser als momentan. Eigentlich sei es ihm immer ganz

gut gegangen, bis er irgendwann im vergangenen Jahr einen Schlaganfall oder so etwas erlitten habe.

Tatsächlich hat er es im 2. Halbjahr 2007 versäumt, den notwendigen Verlängerungsantrag für Arbeitslosengeld II zu stellen und ist auch keiner einzigen Aufforderung des Job Centers zu einem Gespräch nachgekommen. Das Job Center hat nicht nur die Zahlungen an ihn, sondern auch die direkten Überweisungen der Miete an seine Vermieterin eingestellt.

Das ausbleibende Geld hat zwar nicht ihn, wohl aber seine Vermieterin nach zwei Monaten in Bewegung gesetzt: Sie ist mit ihm zum Job Center gefahren und hat dort erfahren, dass er einerseits einen Antrag stellen muss-



te, um überhaupt wieder laufend Geld (und Miete) zu bekommen. Und dass das Job Center die aufgelaufenen Mietschulden nur dann nachzahlen würde, wenn die Stelle zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit das empfehlen würde.

Die Persönliche Ansprechpartnerin im Job Center empfahl Herrn Kurz die Ambulante Hilfe, um Unterstützung bei der Lösung der Probleme zu bekommen; dort ist Herr Kurz nur angekommen, weil die Vermieterin ihn in ihrem Auto dorthin gebracht und begleitet hat.

Von der Ambulanten Hilfe aus ist der Kontakt zur Stelle zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit hergestellt und ein Termin vereinbart worden. Oft wird so ein Termin vom Betroffenen

alleine wahrgenommen; Herr Kurz ist aber sowohl von seiner Vermieterin als auch vom Sozialarbeiter der Ambulanten Hilfe begleitet worden.

Beim Termin hat der zuständige Sachbearbeiter sehr schnell zugesagt, dem Job Center die Übernahme der Mietschulden zu empfehlen; allerdings hat er angesichts des persönlichen Eindrucks von Herrn Kurz und der Schilderungen und Einschätzungen von dessen Vermieterin starke Zweifel geäußert, ob Herr Kurz noch lange Zeit einen eigenen Haushalt führen, geschweige denn arbeiten könne.

Die Persönliche Ansprechpartnerin im Job Center hat kurze Zeit später im Gespräch mit dem Sozialarbeiter der Ambulanten Hilfe die Situation ähnlich eingeschätzt.

Von daher waren sich beide schnell darin einig, dass ein Amtsarzt die Erwerbsunfähigkeit überprüfen sollte und – auch darin stimmten sie überein – sicher feststellen werde.

Versuch der Feststellung der Erwerbsunfähigkeit

Die Job Center-Mitarbeiterin erteilte den Auftrag für eine Begutachtung und Herr Kurz erhielt eine Einladung des amtsärztlichen Dienstes des Arbeitsamtes. Mit der Einladung bekam er etliche Formulare zur Entbindung von der ärztlichen Schweigepflicht (z.B. für seine Hausärztin), die er brav unterschrieb und die an den ärztlichen Dienst geschickt wurden.

Erster Termin beim amtsärztlichen Dienst

Der Sozialarbeiter der Ambulanten Hilfe holte Herrn Kurz von dessen Wohnung ab, musste aber zehn Minuten auf ihn warten, weil er den Termin schon wieder vergessen hatte und mit seinem Hund Gassi gegangen war. Nach einer weiteren halben Stunde Wartens im Arbeitsamt kam Herr Kurz an die Reihe – aber nicht bei einem Arzt, sondern bei einer Sachbearbeiterin. Diese kannte ihn schon aus dem Jahr zuvor und hatte daher eine Akte

über ihn, obwohl Herr Kurz sich nicht erinnern konnte, jemals bei ihr gewesen zu sein. Sie befragte Herrn Kurz über seinen Gesundheitszustand und seine Beschwerden, die dieser allesamt als ziemlich harmlos darstellte.

Er meinte nur, dass er seit seinem Schlaganfall im letzten Jahr sehr vergeblich sei. Der Schlaganfall war für die Sachbearbeiterin neu; offensichtlich hatte der Dienst noch keine Auskünfte von der Hausärztin oder anderen Ärzten eingeholt.

Alt war dagegen ihre Frage nach den Alkoholproblemen von Herrn Kurz; er hatte sie laut ihrer Akte im letzten Jahr nämlich ähnlich beantwortet: Er trinke keinen Alkohol außer zwei bis vier Flaschen Bier am Tag und sehe keine Notwendigkeit, daran etwas zu ändern. Letzteres war aber laut Akte im Jahr zuvor anscheinend die Empfehlung des amtsärztlichen Dienstes gewesen.

Auf die Frage des Sozialarbeiters der Ambulanten Hilfe hin, ob ein anderes Trinkverhalten die körperlichen und mentalen Einschränkungen entscheidend mindern könne, zog die Sachbearbeiterin ihren Chef, einen Arzt, hinzu. Dieser antwortete eher ausweichend, es könne schon positive Veränderungen geben und die wären doch auch gut für Herrn Kurz.

Als der Sozialarbeiter bezweifelte, dass Herr Kurz dadurch wieder erwerbsfähig werden könnte, und mein-



te, Herr Kurz sei deshalb wohl in der Grundsicherung für erwerbsunfähige und alte Menschen besser aufgehoben, erwiderte der Arzt, daß gehe nicht so einfach und könne nur durch ein entsprechendes ärztliches Untersuchungsergebnis erreicht werden. Herr Kurz bekam daraufhin für eine richtige ärztliche Untersuchung einen neuen Termin eine Woche später, zu dem ihn der Sozialarbeiter wieder begleiten sollte.

Zweiter Termin beim amtsärztlichen Dienst

Als der Sozialarbeiter Herrn Kurz zum zweiten Termin abholen wollte, war dieser wieder nicht in seiner Wohnung. Er fand ihn dann aber in der Wohnung seiner Noch-Ehe-Frau, der er bei der Wohnungsauflösung half, weil diese im Begriff war, in ihre Heimat ins Ausland zu gehen. Herr Kurz hatte den Zettel mit dem Termin in seiner eigenen Wohnung irgendwohin verlegt.

Trotzdem kamen beide noch rechtzeitig zur Untersuchung bei der zuständigen Amtsärztin an. Die Ärztin war allerdings alles andere als begeistert darüber, dass der Sozialarbeiter Herrn Kurz in ihr Sprechzimmer begleitete. Da dieser sich aber damit einverstanden erklärte, begann sie ihre Untersuchung im Beisein des Sozialarbeiters,

d.h. sie begann damit, Herrn Kurz anhand der Akte zu befragen:

Mehr als 10 Minuten lang stellte sie die gleichen oder ähnliche Fragen wie die Sachbearbeiterin eine Woche zuvor, ohne dass es Herrn Kurz aufgefallen wäre; er beantwortete sie treu und brav ähnlich wie beim vorigen Mal. Auch beim Thema Alkohol wiederholten sich die Fragen und die Antworten.

Neue Fragen stellte die Ärztin nicht; offensichtlich waren immer noch keine Informationen der Hausärztin in der Akte angekommen.

Schließlich wollte die Amtsärztin doch zur eigentlichen Untersuchung schreiten, bat Herrn Kurz sich oben frei zu machen, und den Sozialarbeiter, im Warteraum Platz zu nehmen. Keine 10 Minuten später verließ sie mit dem schon wieder angezogenen Herrn Kurz ihr Sprechzimmer, um ihm in einem anderen Zimmer Blut abzunehmen.

Als sie Herrn Kurz wieder zum Sozialarbeiter ins Wartezimmer zurückbrachte, fragte dieser, was sie denn eigentlich untersucht hätte; sie antwortete: das Übliche – abhören, Reflexe testen, ... (Für Laien ist natürlich unklar, was das Übliche ist; Herr Kurz erzählte danach noch, dass er mit den Augen den Finger der Ärztin verfolgen sollte oder mit geschlossenen Augen mit jedem Zeigefinger das jeweils entgegengesetzte Knie treffen sollte).

Auf die Frage, wie sie denn ohne eine länger andauernde Belastungspro-





Erwiderung, dass Herr Kurz zu nichts davon selbst in der Lage sei, meinte sie, dann müsse sich halt der psychosoziale Dienst des Job Centers drum kümmern (ohne sagen zu können, welchen Dienst sie meinte, so einen müsse es schon geben).

Ergebnis für das Job Center

Etwa zwei Wochen nach der Untersuchung ist Herr Kurz wieder von seiner Persönlichen Ansprechpartnerin ins Job Center eingeladen worden. Seine Vermieterin hat ihn hingefahren und begleitet.

Die Persönliche Ansprechpartnerin hat beiden das Untersuchungsergebnis erläutert: Herr Kurz wird für sechs Monate als arbeitsunfähig (= krank) eingeschätzt und soll in diesem Zeitraum etwas gegen seine Alkoholprobleme unternehmen, um danach wieder arbeits- und erwerbsfähig zu sein. Das ärztliche Gutachten selbst hat Herr Kurz nicht bekommen.

Die Persönliche Ansprechpartnerin hat Herrn Kurz daraufhin eine Eingliederungsvereinbarung vorgelegt, wonach er noch im laufenden Monat Kontakt zu einer Beratungsstelle und zu einer Suchtberatung aufnehmen muss; diese Kontakte und Folgekontakte zur Suchtberatung in den folgenden 5 Monaten muss er nachweisen; andernfalls wird ihm seine Leistung gekürzt.

Suchtberatung – die Lösung des Problems?

Der Sozialarbeiter der Ambulanten Hilfe hat Herrn Kurz daraufhin in die Offene Sprechstunde der Suchtambulanz am Bürgerhospital begleitet; dieses Mal hat er ihn tatsächlich in seiner Wohnung angetroffen – auch wenn Herr Kurz nicht mehr wusste, wohin die beiden an diesem Tag gehen wollten.

Auf die Frage der Suchtberaterin, warum Herr Kurz zu ihr in die Suchtberatung gekommen sei, hat dieser geantwortet, er sei dem Sozialarbeiter der Ambulanten Hilfe zuliebe mitgegangen, weil der ihn schon öfters auf Alkohol hin angesprochen habe. Erst auf die Nachfrage des Sozialarbeiters ist ihm dann eingefallen, dass irgendein Amt auf die Idee gekommen ist, er solle zur Suchtberatung.

Am Ende des etwa halb-stündigen Gesprächs hat die Suchtberaterin eine Bescheinigung über die Beratung ausgestellt. Sie hat sich auch bereit erklärt, mit Herrn Kurz monatliche Termine auszumachen und seine Teilnahme immer wieder schriftlich zu bestätigen. Sie hat aber auch keinen Zweifel daran aufkommen lassen, dass sie in so einer Vorgehensweise bei Herrn Kurz keine Perspektive, sondern nur Zeitverschwendung sehen könne.

Zum Schluss hat sie schließlich noch

zugesagt zu prüfen, ob Herr Kurz eventuell noch einmal von Sucht-Medizern des Bürgerhospitals auf seine Erwerbsfähigkeit hin untersucht werden



be die Erwerbsfähigkeit feststellen könne, meinte sie nur, das könne sie schon einschätzen; außerdem würde sie ja noch das Ergebnis der Blutprobe bekommen.

Sie halte Herrn Kurz jedenfalls für erwerbsfähig. Er müsse halt seine Bronchitis behandeln lassen, das Trinken sein lassen, Gedächtnistraining machen und es mit einem 1 Euro-Job zur Tagestrukturierung versuchen. Auf die

könnte; denn sie meinte, wie auch der Sozialarbeiter der Ambulanten Hilfe, dass ein Gutachten einer neutralen Stelle unverdächtiger sei als eines des zuständigen Kostenträgers.

System zur Verhinderung der Feststellung der Erwerbsunfähigkeit?

Herr Kurz ist – wie gesagt – kein Einzelfall, sondern scheint typisch zu sein; der geschilderte Ablauf wirkt vorprogrammiert:

Wenn jemand nicht so offensichtlich krank oder behindert ist wie ein blinder oder tauber Mensch oder einer mit fehlenden Gliedmaßen, wenn es aber Hinweise auf ein akutes oder vergangenes Alkoholproblem gibt, macht



es sich das Arbeitsamt bzw. das Job Center ganz einfach:

Der Mensch ist zwar krank und kann deshalb momentan nicht arbeiten, erwerbsfähig ist er aber trotzdem: Er muss ja nur etwas gegen seine Alkohol-Krankheit unternehmen, denn die ist prinzipiell heilbar (allen Rückfall-Quoten zum Trotz).

Wenn er dabei allerdings nicht richtig mitmacht, kürzt das Job Center die Leistungen – auch mehrfach, bis nichts mehr übrig bleibt.

Wer beim Arbeitsamt erst einmal unter Alkohol-Verdacht steht, hat schlechte Chancen, vom medizinischen Dienst als erwerbsunfähig eingeschätzt zu werden:

So werden psychische oder seelische Krankheiten – wenn ihre Folgen nicht unmittelbar im Verhalten auffallen – überhaupt nicht von der Untersuchungssystematik des Arbeitsamtes erfasst.

Aber selbst wenn sie zu auffällig sind, um übersehen werden zu können, dürfte das bei gleichzeitiger Feststellung einer Alkohol-Problematik zur immer wieder gleichen Empfehlung führen, nämlich etwas gegen den Alkohol zu unternehmen.

In Fällen wie bei Herrn Kurz, der offensichtlich – und zwar aus gesundheitlichen Gründen – nicht mehr in der Lage ist, alleine auch nur einen einzigen Termin wahrzunehmen, gibt es zwei ganz unterschiedliche mög-

liche Konsequenzen solcher Empfehlungen:

- entweder ohne fremde Hilfe zu einem Absturz ins Nichts: zu Kürzungen der Geldleistungen bis auf Null, zum Verlust der Wohnung

- oder mit Sozialarbeiter-Unterstützung zu einer sinnlosen Endlos-Schleife, in welcher der Sozialarbeiter unendlich viel Zeit damit vergeudet, den Betroffenen zu Terminen zu schleppen, ohne dass sich etwas ändert (zum Beispiel zur Suchtberatung, die für einen Erfolg grundsätzlich voraussetzt, dass der Mensch aus eigenem Antrieb kommt).

Politik

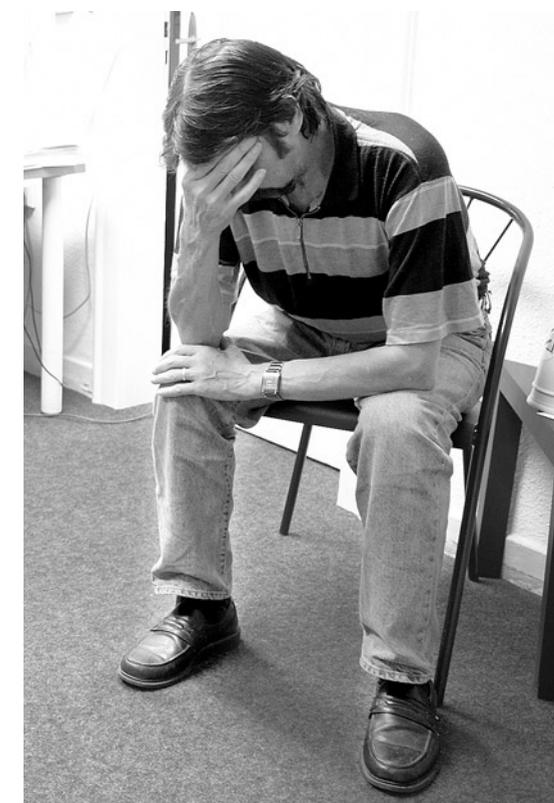
Wenn tatsächlich mehr Menschen auf das Geld von Job Centern angewiesen sind, als vom zuständigen Bundesministerium ursprünglich vorausgesagt, dann liegt das nicht – wie von Herrn Clement behauptet – daran, dass die Kommunen kranke Menschen dorthin abschieben.

Ziemlich genau das Gegenteil davon ist richtig:

Die Politik hat mit der Hartz IV-Gesetzgebung entschieden, dass zunächst einmal von jedem Menschen im Alter zwischen 18 und 65 Jahren eine Erwerbstätigkeit zu erwarten, mehr noch: zu fordern ist.

Ebenso hat die Politik entschieden,

dass die Feststellung, ob jemand auch wirklich erwerbsfähig ist, zunächst einmal von den Job Centern zu treffen ist. In der Umsetzung der Hartz IV-Gesetze verhindern Job Center in etlichen Fällen (wie dem dargestellten), dass Menschen als erwerbsunfähig eingestuft und damit vor Anforderungen geschützt werden, die sie trotz bestem Willen nicht mehr erfüllen können. Damit kann man keinen Sozial-Staat machen!



»Wohnungslose brauchen eine Wohnung«. Diese Erkenntnis und die Erfahrung, dass die Menschen in Wohnungsnot, die bei uns in Beratung sind, auf dem Wohnungsmarkt sehr schwer in Wohnraum zu vermitteln sind, führte dazu, dass die Ambulante Hilfe e.V. in den achtziger Jahren begann, sich einen eigenen Bestand an Wohnungen aufzubauen, der speziell den Menschen vorbehalten ist, an die sonst niemand vermietet. Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alkoholprobleme, Armut im weitesten Sinne, sind eine schlechte Zugangsvoraussetzung zum freien Wohnungsmarkt, auf dem sich Vermieter in Stuttgart nach wie vor die Mieter aus einem großen Angebot an Nachfragern aussuchen können.

Ende 2008 wird unser Wohnungsbestand, in verschiedenen Stadtteilen Stuttgarts gelegen, 115 eigene Wohnungen betragen, insgesamt rund 5.000 Quadratmeter Wohnfläche in zwölf Häusern oder Wohnanlagen, in denen etwa 160 Menschen leben. Hinzu kommen 2 angemietete und untervermietete Wohnungen.

Außerdem sind aktuell drei weitere Sozialwohnungen in Stuttgart-West in Planung.

Die meisten unserer Wohnungen sind mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus finanziert und belegungsgebunden, d.h. die Wohnungen müssen an Personen vermietet werden, die in der Vormerkdatei der Stadt Stuttgart als

dringend wohnungssuchend gemeldet sind. Das Belegungsrecht ist von der Stadt Stuttgart an uns abgetreten worden, so dass wir aus dem Kreis der von uns betreuten Personen unsere Mieter aussuchen können.

Das für die Finanzierung benötigte Eigenkapital erhalten wir über das Diakonische Werk, in dem wir Mitglied sind.

Die Baugrundstücke werden uns von der Stadt Stuttgart im Rahmen von verbilligten Erbbaurechten überlassen. Außerdem sind wir zur Realisierung unserer Bauprojekte meist auf Spenden angewiesen, da die soziale Mietwohnungsbauförderung in den letzten Jahren sehr reduziert wurde und weil die Baukosten, auch bedingt durch die steigenden Anforderungen an den Klimaschutz, steigen.

In diesem Jahr stellen wir ein kleines Projekt in der Raichbergstraße 1 in Stuttgart-Obertürkheim fertig, wo durch Umbau und Modernisierung eines rund 100 Jahre alten Gebäudes aus drei größeren Wohnungen und einem ehemaligen Ladengeschäft sieben Sozialwohnungen für alleinstehende Personen hergestellt werden.

Das hier in einem Anbau gelegene ehemalige Geschäft ist durch eine Holzfassade charakterisiert, die wir erhalten möchten, um auch einen Beitrag zur Erhaltung des Stadtbildes zu leisten.

Der Bau läuft bis jetzt bis auf einige

kleinere unvorhergesehene Schäden an der Altbausubstanz, die wir beheben mussten, planmäßig und wir sind zuversichtlich, die geplanten Gesamtkosten von 547.000 Euro für dieses Projekt einhalten zu können.

Im Bezirksbeirat und im Stadtteil wird dieses Projekt gut akzeptiert, worüber wir froh sind, denn in der Vergangen-

heit gab es bei anderen Bauvorhaben teilweise große Vorbehalte in den Nachbarschaften.

Unsere langjährige Erfahrung ist jedoch, dass sich unsere Mieterinnen und Mieter nach kurzer Zeit immer gut in ihren Nachbarschaften eingelebt haben und in den Stadtteilen heimisch werden konnten.



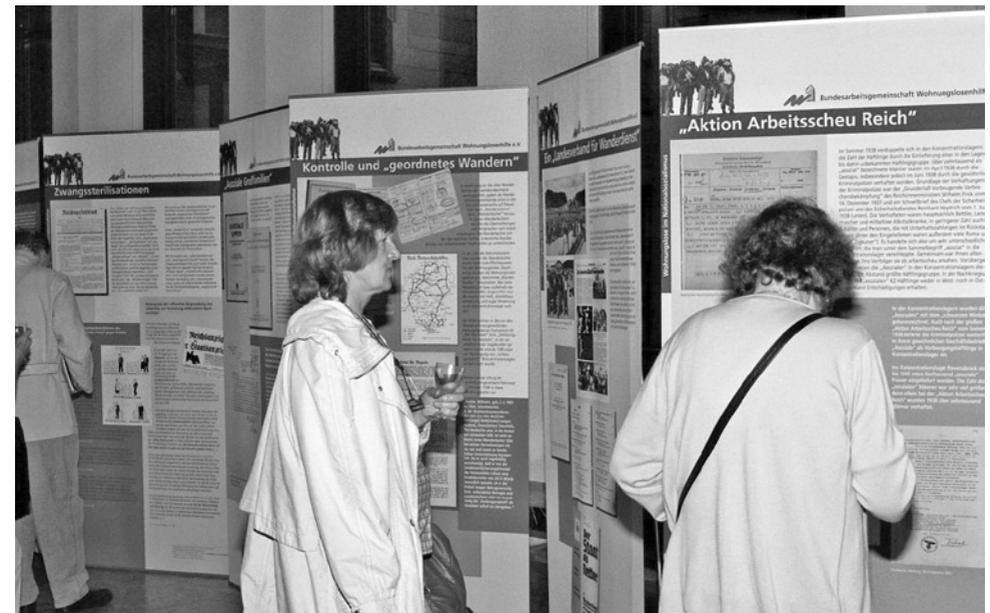
kein Kunstwerk von »Christo« sondern eine Baustelle der Ambulanten Hilfe

Zum Gedenken an die wohnungslosen Männer und Frauen, die in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur als sogenannte »Asoziale« verfolgt worden sind, hat die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. eine Ausstellung erstellt. Diese Ausstellung wurde auf Initiative der Ambulanten Hilfe e.V. und des Sozialausschußmitglieds Frau Gröger auch nach Stuttgart geholt. Die Ausstellung wurde im Foyer des Stuttgarter Rathauses gezeigt. Auf 13 großen Textilbannern wurden verschiedene Themenbereiche dargestellt. Zur Eröffnung sprach neben

der Sozialbürgermeisterin Frau Müller-Trimbusch auch Dr. Wolfgang Ayaß.



Ein Bild der Ausstellung



Viel Lob – aber kein Geld

Der Straßensozialarbeit in Bad Cannstatt droht mangels Geld das Aus

Das ganz verschiedene Interessengruppen an einem Strang ziehen, gibt es nicht oft. Beim Cannstatter Projekt „Straßensozialarbeit“ aber. Neben Sozialarbeitern, Geisteswissenschaftlern, Polizei, Handwerker und Politikern, die dem Projekt den Modellcharakter des Aus, weil der Gemeinderat eine Finanzierung abgelehnt hat und die bisherigen Fördermittel der „Aktion Mensch“ auslaufen sind.

■ BAD CANNSTATT – Rund 60.000 Euro im Jahr müsste die Stadt locker machen, damit die Straßensozialarbeit in Bad Cannstatt weiterlaufen kann wie bisher.

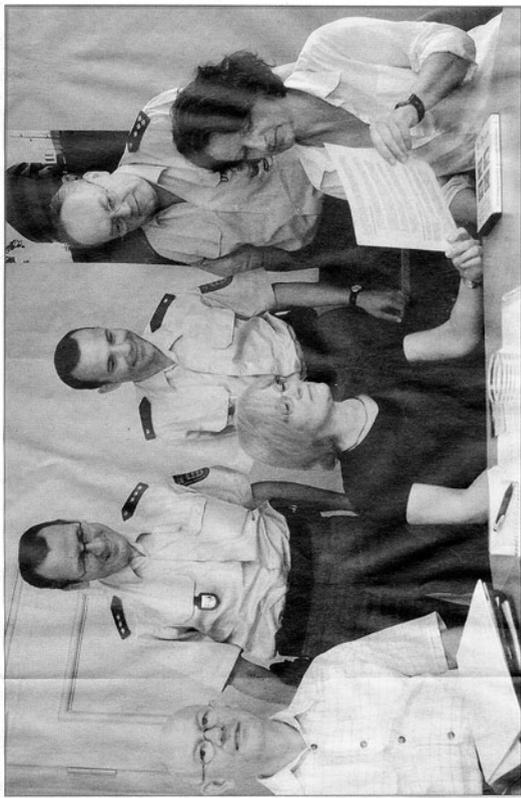
Eine vergleichsweise bescheidene Summe – vor allem, wenn man Kosten und Nutzen gegenüber stellt. Als das Projekt im Frühjahr 2005 nach einer gut zweijährigen Vorbereitungsphase startete, gab es in Cannstatt schon seit einiger Zeit Ärger, und zwar insbesondere in der Markstraße: Dort trafen sich regelmäßig bis zu 60 Menschen, viele davon mit Suchtproble-

men oder psychischen Auffälligkeiten. Bürger beschwerten sich über Bettler und Pöbel. Die Straßensozialarbeit sollte Gewerbe und Handelsstellen, den drei Streetworker-Teams, die in der Markstraße ambulante Hilfe, Caritas, GHV, Altknast, Bad Cannstatt und der Bezirksrat bei der Innenstadt.

„Leztendlich gab's bei diesem Projekt nur Gewinner“, findet Andrew Readwin, der Vorsitzende des Gewerbe- und Handelsvereins (GHV). Die anfängliche Gruppe in der Fußgängerzone schrumpfte dank der Straßensozialarbeit von 60 auf 20 Personen und zwei Kollegen auf eine überschaubare Zahl von zehnt, 15 Menschen.

„Damit kann man sehr gut leben“, sagt Guido Passaro, der Leiter des Polizeireviers Bad Cannstatt. „Runterfahren auf Null – das geht nicht.“

Auch Passaro ist überzeugt von Cannstatter Modellprojekt. „Wir möchten sonst oft rum an den Symptomen herum, Eigenität des Problems und nicht die Ursache. Das ist ein ganzheitliches An-



Arbeiten beim Straßensozialarbeits-Projekt eng zusammen: (vordere Reihe von links) der GHV-Vorsitzende Andrew Readwin, Birgit Ehret-Bresing von der Ambulanten Hilfe e.V., Streetworkern Iris Schüle und (hintere Reihe) der Präventionsbeamte Alfred Fisel sowie Revierleiter Guido Passaro und Bruno Reinhard.

satz anzugehen.“ Von Platzverweisen hält er nicht viel: „Wo sollen die Leute denn hin verschwinden? Wie können sie nicht aus dem Stadtgebiet verschwinden und wollen das auch nicht.“

Umsome mehr, als es sich bei einem Großteil der Betroffenen um Cannstatter handelt. Die wenigsten sind ohne ein Suchtproblem oder sind psychisch auffällig.

Für die drei Streetworker war es anfangs schwer, das

Vertrauen dieser Menschen zu gewinnen.

Nach drei Jahren Arbeit halten sie nun so langsam den Fuß drin, sagt Sozialarbeiterin Iris Schüle. „Sie glauben uns, dass wir ihnen nichts Böses wollen und nehmen langsam Hilfe an.“ Doch Ende Februar lief die als ambulante Hilfe und Caritas für die Katz. „Acht Stunden sind quasi Projektinitiatoren einig.“

„Alle finden das Projekt hervorragend, aber keiner will's bezahlen“, sagt Birgit Ehret-

Bresing enttäuscht. Und Andrew Readwin fügt frustriert hinzu: „Es ist heuchlerisch, wenn Vertreter von Parteien sagen es gibt Bedarf, das ist ein tolles Projekt – und nun sieht zu, wie ihr das haushälterisch umsetzt.“ Der GHV-Vorsitzende ist sich sicher: „Wenn das Problem in der Königstraße wäre, dann wäre schon längst Geld da.“

Foto: Chlod

KOMMENTAR

Skandalös

VON ULI NAGEL

„Die Straßensozialarbeit verdient es, mit städtischen Mitteln gefördert zu werden. Die jahrelange Arbeit hat gezeigt, dass es nicht nur menschlich notwendig ist, sich um die sozialen Randgruppen zu kümmern, es ist auch ein wichtiger Beitrag, den sozialen Frieden in der Stadt zu bewahren.“ Diese Erkenntnis trifft zu 100 Prozent ins Schwarze. Das Merkwürdige daran ist, sie stammt nicht etwa aus der Mitte des nördlichen, sondern aus dem südlichen, der Straßensozialarbeit ins Leben gerufen hat. Diese Würdigung einer sozialen Tätigkeit stand im Mitteilungsblatt der CDU Bad Cannstatt. Also einer Partei, die bei den Haushaltsberatungen dem Antrag der Sozialdemokraten auf eine städtische Weiterfinanzierung auf seine städtische Projektmittel nicht zustimmte.

Die Cannstatter Christdemokraten scheinen viel von ihrer Überzeugungskraft und Stellung gegenüber ihren Parteifreunden im Stuttgarter Rathaus verloren zu haben. Oder schwimmen sie, was die Straßensozialarbeit in der Markstraße angeht, nur im Mainstream vieler anderer mit? Denn von allen Seiten prasselt das Lob auf die erfolgreiche Arbeit herab – nur bezahlen will diesen „Dienst am Menschen“ offensichtlich keiner.

Doch Erfolg hat immer seinen Preis. Das müsste doch den Stadtverantwortlichen bekannt sein. Angesichts der Millionen, die in jedem Haushalt irgendwo verplant und verbuddelt werden, ist es deshalb fast schon skandalös, dass man ein menschenwürdiges und erfolgreiches Projekt sterben lässt, wegen einer Summe von jährlich 65.000 Euro.

Viel Lob – aber kein Geld

Bad Cannstatt: Straßensozialarbeit in der Markstraße vor dem Aus

Wie oft sich die Verantwortlichen der Straßensozialarbeit in der Markstraße – dazu gehören unter anderem Polizei, Einzelhandel, Caritas und Ambulante Hilfe – noch treffen werden, steht in den Sternen. Trauriger Fakt ist jedoch, dass das erfolgreiche Projekt in der Fußgängerzone vor dem Aus steht. Der Grund: Der Gemeinderat genehmigte keine städtische Weiterfinanzierung.

VON ULI NAGEL

Eine Entscheidung, die Andrew Readwin, Vorsitzender des Gewerbe- und Handelsvereins (GHV) auf das Schärfste kritisiert. „Der Gemeinderat genehmigt horrenden Summen für prestigeträchtige Projekte.“ Um die für die Fußgängerzone so wichtige Straßensozialarbeit

in der Markstraße angesprochen, so reduzierte sich die Zahl in den darauffolgenden Monaten und Jahren auf nur noch zehn. „Eine Zahl, mit der die Cannstatter sehr gut leben können“, sagt Guido Passaro, Revierleiter in der Wiesbadenstraße. Ein Herunterfahren auf Null sei illusorisch, zumal diese Menschen nicht von der Bildfläche verschwinden, sondern sich halt woanders aufhalten würden. „Dabei ist es besser, wenn sie betreut und nicht sich selbst überlassen werden.“

In den vergangenen Wochen hat sich das Erscheinungsbild in der Markstraße wieder verschlechtert. Bis zu 25 Personen, die die Sitzbänke vor dem Kaufhof ihrem kleinen „Wohnzimmer“ umfunktionieren, werden täglich angetroffen, obwohl die Streetworker noch unterwegs sind. „Zur Zeit registrieren wir eine Verlagerung von der Innenstadt nach Bad Cannstatt“, so Guido Passaro. Stichwort: Paulinenbrücke, von wo die Szene teilweise nach Cannstatt abwandert. Daran sei klar zu erkennen, wie groß der Bedarf an Streetworker-Arbeit generell in Stuttgart sei. Eine Arbeit, die die Polizei mitnichten erledigen könne. Zumal bekanntermaßen in den kommenden Monaten der Stellenabbau umgesetzt werden muss.

Wie es weitergeht, weiß keiner. Das Projekt wird nur noch bis zum 30. Juni durch die Stadt finanziert. Am gleichen Tag wird es noch einmal auf der Tagesordnung des Sozialausschusses stehen. Ob Sozialamtsleiter Walter Tattermusch bis dahin eine Möglichkeit präsentieren kann, aus laufenden Mitteln des Sozialrates das Streetworker zu finanzieren, ist jedoch anzuzweifeln.



Streetworkerin Iris Schüle und ihr Kollege Manuel Borrego kümmern sich um die verlassenen Randgruppen in der Markstraße. Foto: Arch

Ein weiteres Jahr Straßensozialarbeit

■ Bad Cannstatt: Allerdings wird das Personal reduziert

(ede) – Das Projekt Straßensozialarbeit wird ein weiteres Jahr verlängert – mit reduziertem Personal. Die Kosten, knapp 25 000 Euro, trägt die Stadt. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmte dem Vorhaben gestern zu.

Das Projekt Straßensozialarbeit in Bad Cannstatt, eine Initiative des Caritasverbandes und der Ambulanten Hilfe, war zunächst auf drei Jahre befristet und hauptsächlich durch Mittel der Aktion Mensch finanziert. Die Stadt schoss 40 000 Euro zu, damit die erfolgreiche Arbeit der Streetworker bis 30. Juni 2008 fortgesetzt werden konnte (wir berichteten). Die Verwaltung wurde beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, wie die Aufgaben mit vorhandenen Ressourcen weitergeführt werden können.

„Es war eine echte Herausforderung, wo doch kein Geld vorhanden ist“, sagte Sozialamtsleiter Walter Tattermusch. Die finanzielle Ressourcen lassen lediglich förderfähige Stellenanteile von 0,25 Fachkraftstellen für den Caritasverband und 0,20 für die Ambulante Hilfe zu. Mit den beiden Trägern war ausgemacht, dass eine Unterstützung bis 31.12.2009 erfolge. In der Vorlage gestern ist jedoch nur bis 30.6.2009 die Rede. „Das muss ich auf meine Kappe nehmen“, gestand Tattermusch den Fehler bei der

Kommunikation ein. Die Veränderung habe sich erst spät abgezeichnet und er es versäumt weiterzugeben. Mit dem neuen Stichtag sei man auf der sicheren Seite. Der Erfahrungsbericht werde in der ersten Hälfte des kommenden Jahres erstellt und bei positivem Verlauf Gelder für die zweite Hälfte in Aussicht gestellt.

Die Arbeitsschwerpunkte liegen bei Streetwork an zwei Tagen pro Woche, bei Kontaktaufnahme und Beratung des Personenkreises, der sich im Bahnhofsviertel, der Marktstra-



Die Marktstraße ist ein Ort, an dem die Streetworker im Einsatz sind.

ße und am Parkhaus Mühlgrün aufhält, bei Prävention und Kooperation. Die Streetworker sind Ansprechpartner, bieten im Cafe 72 eine Gesundheitssprechstunde an. Das Know-How soll durch die gemeinsame praktische Arbeit vor Ort weiter genutzt werden. Allerdings müssen Inhalte gestrafft und können nicht wie bisher bearbeitet werden. Das Betreuungsangebot in den Burgenlandstuben entfällt indes ganz.

„Dadurch kann man die Grundversorgung aufrechterhalten“, stimmte Philipp Hill (CDU) zu. Er forderte ein umfassendes stadtweites Gesamtkonzept bis Mitte 2009, das gemeinsam erarbeitet werden soll. „Wir wollen keine Lex Bad Cannstatt.“ Man stelle sich dem Problem. Auch die Grünen stimmten zu. „Die Struktur kann man auf weitere Gebiete der Stadt anwenden“, so Andrea Münch. Man wolle eine Ausweitung der Vernetzung. Der SPD ging es darum, das Projekt in Bad Cannstatt bis Ende kommenden Jahres auf sichere Beine zu stellen, zur Not mit außerplanmäßigen Mitteln, scheiterte aber mit einem entsprechenden Antrag. „Wir halten den angestrebten Umfang der Betreuung für zu kurz begriffen“, meinte Stadträtin Marita Gröger. Man sei aber nicht gegen die Minimallösung. „Sie ist besser als gar keine.“

An der falschen Stelle gespart

Zu Ihrem Artikel „Viel Lob aber kein Geld“ (Ausgabe vom 17. Juni):

Mit einigem Unverständnis habe ich zur Kenntnis genommen, dass die gute Arbeit der Straßensozialarbeiter in Cannstatt wegen Geldmangel eingestellt wird. Bei allem Verständ-

nis für die Sparbemühungen der Stadt, hier wird wirklich an der falschen Stelle gespart. Die Reparatur eventueller Sachschäden ist langfristig sicher noch teurer, ganz abgesehen von den Menschen, die am Rande unserer Gesellschaft leben und einfach unsere Hilfe brauchen.

Stuttgart als „reiche Stadt“ kann bei allem Sparwillen für diese Bevölkerungsgruppe wirklich etwas tun! Wir als örtliche Bäckerei unterstützen die Schwäbische Tafel, die Vesperkirche und die Bürgerstiftung. Gerne würden wir auch den Sozialarbeitern unter die Arme greifen, hilft uns jemand dabei?! Obwohl dies eigentlich die Aufgabe der Stadt ist, sollten wir der Sache wegen versuchen, hier zumindest eine Anschubfinanzierung auf die Beine zu stellen.

**Gerhard Sailer
Geschäftsführer Bäckerei/Konditorei Sailer**